

4825 a

**Beschluss des Kantonsrates
zum Postulat KR-Nr. 103/2007 betreffend
Reduktion des CO₂-Ausstosses von jährlich 3%
für die nächsten 4 Jahre**

(vom)

Der Kantonsrat,

nach Einsichtnahme in die Anträge des Regierungsrates vom 24. August 2011 und der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt vom 28. Februar 2012,

beschliesst:

- I. Das Postulat KR-Nr. 103/2007 wird abgeschrieben.
- II. Es wird folgende vom Bericht des Regierungsrates abweichende Stellungnahme abgegeben.

Minderheitsantrag Lorenz Habicher, Hanspeter Haug, Konrad Langhart, Christian Lucek, Gabriela Winkler, Orlando Wyss:

II. Die abweichende Stellungnahme wird abgelehnt.

* Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt besteht aus folgenden Mitgliedern: Ruedi Lais, Wallisellen (Präsident); Robert Brunner, Steinmaur; Gerhard Fischer, Bäretswil; Alex Gantner, Maur; Lorenz Habicher, Zürich; Hanspeter Haug, Weiningen; Konrad Langhart, Oberstammheim; Christian Lucek, Dänikon; Barbara Schaffner, Otelfingen; Benno Scherrer Moser, Uster; Peter Stutz, Embrach; Gabriela Winkler, Oberglatt; Andreas Wolf, Dietikon; Orlando Wyss, Dübendorf; Sabine Ziegler, Zürich; Sekretärin: Franziska Gasser.

III. Mitteilung an den Regierungsrat.

Zürich, 28. Februar 2012

Im Namen der Kommission

Der Präsident:

Ruedi Lais

Die Sekretärin:

Franziska Gasser

Abweichende Stellungnahme:

Gemäss Bericht des Regierungsrates erachtet er die gegenwärtigen Ziele der kantonalen Energiepolitik weiterhin als angemessen. Im Gegensatz dazu drehen sich die Diskussionen in Bundesbern um den Bericht «Energiezukunft Schweiz» der ETH vom November 2011, der höhere CO₂-Reduktionen als realistisch erachtet – selbst unter der Annahme, dass die Atomkraftwerke schrittweise abgeschaltet werden.

Wir ersuchen den Regierungsrat, eine zeitgemässe Energiepolitik zu verfolgen und – z. B. bei der Neubearbeitung des Energieplanungsberichtes – die CO₂-Reduktionsziele des Kantons Zürich denjenigen der ETH und den Ideen des Bundesrates anzupassen. Dazu sind insbesondere auch griffige Massnahmen vorzuschlagen, wie dieses Ziel erreicht werden soll. Ausdrücklich erwünscht sind Massnahmen, die in Zusammenarbeit mit Bundesbehörden oder der Kantonalen Energiekonferenz ausgearbeitet werden.